Zur Analyse politischer Proteste im 20. Jahrhundert

Veranstalter: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Datum, Ort: 13.09.2003–14.09.2003, Berlin
Bericht von: Jürgen Schmidt, Wissenschaftszentrum Berlin; Ute Hasenöhrl

Am 13. und 14. September 2003 fand am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung eine Tagung zur „Analyse politischer Proteste im 20. Jahrhundert" statt - veranstaltet von Dieter Rucht und Sven Reichardt -, an dem Sozialwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen aus den Bereichen Soziologie, Politik- und Geschichtswissenschaft teilnahmen. Im Mittelpunkt der sechs Diskussionsblöcke standen Fragen nach der Funktion und Bedeutung von Bewegungsunternehmern, Symbolen, Massenmedien, transnationaler Mobilisierung, Polizei sowie Gewalt.

Einleitend skizzierte Sven Reichardt die bisherige Geschichte der Protestforschung. Bestimmt durch ein allgemeines Interesse an Klassenkonflikten, erlebte die Protestforschung ihren Höhepunkt in den 1970er Jahren. Mit dem Aufschwung der Kulturwissenschaften in den 1980er Jahren rückten Proteste als Forschungsgegenstand zunächst in den Hintergrund, jedoch ließen sich heute Anzeichen für eine Renaissance der Protestforschung erkennen. Dabei werde versucht, sozial- und kulturwissenschaftliche Fragestellungen zu verbinden. Im Zentrum des Interesses stünden entsprechend etwa die Inszenierung von Protesten in der Mediengesellschaft, die Verwendung von Symbolen oder der Umgang mit der Globalisierung.

Der erste Abschnitt der Tagung beschäftigte sich mit dem Thema „Protestorganisation und Bewegungsunternehmer". Till Kössler ging in seinem Vortrag „Die SED und die westdeutsche Protestbewegungen in den 1950er Jahren" der Frage nach, inwieweit der deutsch-deutsche Systemgegensatz Entstehung und Wandel von Protesthandeln in der Bundesrepublik überformte. Sowohl die Unterwanderungsthese als auch das Ausblenden kommunistischer Protestpolitik in der Forschung griffen bei der Analyse dieses Vorgehens zu kurz. Zum einen stärkte die Mitarbeit der Kommunisten Proteste gerade auf lokaler Ebene, zum anderen mussten sie ihre politischen Vorstellungen zurückstellen und wurden langfristig selbst integriert. Die SED unterstützte so ungewollt die Herausbildung einer kritischen politischen Öffentlichkeit auf demokratischer Grundlage.
Anschließend untersuchte Felix Kolb am Beispiel der Entstehung von ‚Attac' den „Einfluss von transnationalen Protesten auf die Organisation sozialer Bewegungen". Das rapide gestiegene Interesse an ‚Attac' in Deutschland seit Juli 2001 erklärte er mit der offensiven Öffentlichkeitsarbeit der Organisation anlässlich des Weltwirtschaftsgipfel in Genua, mittels derer ‚Attac' trotz geringer eigener Demonstrantenzahl zum Sprecher der Globalisierungsgegner wurde. Die Rolle der Massenmedien als positiver Faktor für die Entstehung von Bewegungen müsse in der Forschung stärker berücksichtigt werden.
In der Diskussion wurde darauf verwiesen, dass neben den Medien auch andere Faktoren - etwa politische Inhalte - für den wachsenden Zuspruch für ‚Attac' verantwortlich seien. Ihr Erfolg werde zudem zu sehr an dem Medienecho und den Mitgliederzahlen, statt an der Umsetzung von Zielen festgemacht. Die Verwendung des Begriffs ‚Bewegungsunternehmer' bzw. ‚Protestmanager' wurde insgesamt begrüßt, da er die Aufmerksamkeit im Gegensatz zur Selbstinszenierung mancher Bewegungen auf strategische Elemente und Professionalisierungserscheinungen lenke. Klaus Tenfelde betonte, dass formale Organisation im modernen Protestgeschehen zwar sekundär werde, jedoch Protest andererseits Organisation auch generiere. Bei geringer formaler Organisation steige dabei die Bedeutung von Protestmanagern als Kontaktpersonen.

Die zweite Sektion stand unter dem Motto „Kultur: Sprache, Symbolik und ‚gendering' von Protesten". Stefan Hemler beschäftigte sich in seinem Vortrag „Intellektualisierung des ‚Halbstarken'-Aktionsmusters" mit der Bedeutung jugendkultureller Protestformen bei den ‚Schwabinger Krawallen' von 1962. Der Referent wandte sich gegen die These von „einer Generation und zwei Rebellionen". Sowohl die Halbstarken als auch die 68er-Generation teilten zwar als Grunderfahrung das Aufwachsen in der

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

Nachkriegszeit, unterschieden sich aber altersmäßig, nach sozialer Herkunft und durch ihr zeitgeschichtliches Ereignisumfeld. Die an den Schwabinger Krawallen beteiligten Altersgenossen standen hinsichtlich ihrer Generationseinheiten den Jugendprotesten der späten 1950er Jahre näher. Auch wenn die Schwabinger Krawalle nicht generationsbildend gewirkt hätten, bildeten sie trotzdem ein wichtiges generationell-jugendkulturelles Konfliktsignal der Zeit, das in diesem Sinne als Vorbote von 1968 gesehen werden könne.
Thema des Vortrags von Andreas Pettenkofer war „Symbole im Protest/ Protest als Symbol. Handlungstheoretische Überlegungen zur westdeutschen Anti-AKW-Bewegung". Pettenkofer betonte in Abgrenzung zum Standardmodell der Bewegungsforschung, das Symbolphänomene in eine rationalistische Strukturtheorie integriere, den symbolischen Eigenwert des Protestes für die Akteure. Symbolische Handlungen seien nicht nur ornamentale Phänomene, sondern bildeten konstitutive Elemente sozialer Bewegungen. Beispielsweise sei der Anschlag auf einen Strommast im Sommer 1984 weniger durch die Gelegenheitsstruktur bestimmt gewesen als vielmehr Ausdruck der eigenen Selbstbestimmtheit, wobei das AKW als negativer Bezugspunkt der Bewegungsidentität fungierte.
In der Diskussion wurde angeregt, schärfer zwischen Generation als Voraussetzung bzw. als Folge historischer Ereignisse zu unterscheiden. Wiederholt wurde auf die Bedeutung von Symbolen und der Selbstdeutung von Akteuren in der Bewegungsforschung verwiesen. Dabei solle jedoch nicht zu stark zwischen symbolischer und expressiver Dimension des Protests unterschieden werden, da Symbole auch bewusst als Instrumente eingesetzt werden könnten.

Der dritte Abschnitt der Tagung befasste sich mit „Öffentlichkeit, Massenmedien und Protest". Meike Vogel analysierte in ihrem Vortrag zum „Politischen Protest der 68er Bewegung im Fernsehen" das Wechselspiel zwischen Medien und Bewegung und rückte Bezeichnungen, Symbole und Rahmungen ins Zentrum. Anhand der Berichterstattung in der ‚Tagesschau' stellte sie eine intensive Diskussion der Journalisten und Rundfunkgremien zur Bezeichnung der Protestierenden und zur Präsentation von Protestbildern im Fernsehen fest. Als dominante Interpretationsrahmen identifizierte sie einerseits die Einordnung der Proteste als Generationskonflikt, andererseits die Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und Ordnungskräften.
Rudi Maier konstatierte in seinem Beitrag „Protest im Spiegel der Werbeindustrie von 1967 bis heute" eine Ästhetisierung und damit verbunden Popkulturalisierung von Protesten. Seine zentrale These lautete, dass Symbol- und Zeichensysteme von Protestbewegungen in der Werbung auftauchten, sobald sie ihre gesellschaftliche Brisanz verloren hätten. In einer ‚moralischen Ökonomie zweiten Grades' würden Proteste dabei ihres eigentlichen Sinns entleert und gleichzeitig ökonomisch nutzbar gemacht.
Die Diskussion im Plenum konzentrierte sich über weite Strecken auf Maiers zentrale These. Auch wenn die Sinnentleerung von Dissenssymbolen durch Kommerzialisierung im wesentlichen unstrittig war, wurde doch auf eine Reihe alternativer Deutungsmöglichkeiten hingewiesen. Hauptargument bildete die Annahme, dass Werbung, um Aufmerksamkeit zu erzielen, mit Symbolen agieren müsse, denen zumindest ein Restgehalt an Provokation innewohne. Zudem greife Werbung auch Symbole auf, die mit Erfolg verbunden werden, oder gezielt in einem Milieu Glaubwürdigkeit vermitteln sollen.

Während sich im mexikanischen Cancún die Globalisierungskritiker versammelten, um gegen die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation zu demonstrieren, wurde zum Abschluss des ersten Tages mit einer öffentlichen Podiumsdiskussion zu „Globalisierungskritische Proteste: Angemessenheit, Wirkung und Zukunft" noch ein tagesaktuelles Thema aufgegriffen.
Klaus Tenfelde skizzierte knapp die Geschichte globalisierungskritischer Proteste, die bis zu den Sklavenaufständen des Römischen Reiches zurückverfolgt werden könnten, und betonte die Rolle der Arbeiterbewegung als zugleich globaler und globalisierungskritischer Akteur. Peter Wahl bezeichnete die sozialen Proteste als zwangsläufige gesellschaftliche Reaktion auf die Globalisierung als neue

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

Form des Manchester-Kapitalismus. Sie zielten in ihrer Wirkung nicht unmittelbar auf tagespolitische Forderungen, sondern auf Werteorientierungen. Die Globalisierungskritiker würden in Zukunft die Regierungen entweder zu Reformen bewegen oder selbst zu Regierungsparteien werden. Ursula Weidenfeld wies auf die Heterogenität der Globalisierungskritiker und fehlende Alternativkonzepte hin. Die Bewegung zeichne sich nicht nur durch ein Theorie-, sondern auch durch ein Politik- und Praxisdefizit aus. Die Zukunft der Globalisierungskritiker sei offen: Sowohl Professionalisierung als auch Radikalisierung oder Marginalisierung wäre denkbar. Roland Roth sah die normativen Grundlagen der Globalisierungskritiker in der Forderung nach Demokratie und Öffentlichkeit, sozialer Gerechtigkeit sowie Menschenrechten. Noch handele es sich allerdings mehr um globalisierungskritische Proteste unterschiedlicher Akteure denn um eine tatsächliche transnationale Bewegung. Deren Konstituierung sowie die Debatte um die Verfassung der transnationalen Politik befänden sich noch in den Anfängen.
In der sich anschließenden Diskussion wurden erneut die Rolle der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften sowie Ziele und Erfolge der Globalisierungskritiker angesprochen. Eine lebhafte Debatte entwickelte sich zur Frage möglicher zukünftiger Regelungsmechanismen für Weltpolitik und Weltwirtschaft. Umstritten waren dabei vor allem die Vor- und Nachteile von Wettbewerb und Protektionismus.

Der zweite Tag begann mit einer Sektion zu „Transnationale Mobilisierung - gestern und heute“. Susan Zimmermann beschäftigte sich in ihrem Beitrag „Transnationale Mobilisierung und Politik sozialistischer Frauen und die erste Welle des organisierten Internationalismus“ mit der ‚Ersten Internationalen Konferenz Sozialistischer Frauen‘ in Stuttgart im Jahr 1907. Ausschlaggebend für den organisierten Internationalismus waren nicht internationale Probleme, sondern die Überlegung, mittels internationaler Zusammenarbeit die eigene Position bei nationalen Fragen zu stärken. Allerdings zeigte sich die Frauen-Internationale mit der Verabschiedung eines Manifestes gegen den Krieg auf ihrer Antikriegs-Konferenz in Bern 1915 wesentlich internationaler als die in nationalen Stereotypen verhaftete Zweite Internationale. Demgegenüber strich Peter Wahl in seinem Beitrag „Besonderheiten heutiger transnationaler Kampagnen“ heraus, dass sich transnational arbeitende Organisationen in der Gegenwart gerade auf Grund von globalisierten Konflikt- und Problemlagen entwickeln und ausbreiten. Entsprechend fehle den transnationalen Kampagnen in der Regel ein organisatorisches Zentrum; vielmehr seien sie durch netzwerkartige, dezentrale Allianzen geprägt. Erleichtert werde die Durchführung der Kampagnen durch die Globalisierung der Massenmedien, das Internet, multilaterale Institutionen, die als Kristallisationskerne für das Entstehen von transnationalen Kampagnen funktionierten, kulturelle Angleichungen und die Herausbildung einer globalen Kultur der Zivilgesellschaft.
Die sich anschließende Diskussion problematisierte zum einen die starke Betonung einer ersten Welle der Internationalisierung zwischen den 1880er Jahren und 1914, da es sowohl in der Antisklaverei-Bewegung als auch in der Debatte um die Sozialreform bereits vor 1880 zahlreiche transnationale Verbindungen gegeben habe. Zum anderen wurde angemerkt, dass die von Wahl verwendeten Merkmale transnationaler Kampagnen sich auch bei nationalen Protestbewegungen wiederfinden würden.

Bernd Weisbrod wandte sich in der Sektion „Gewaltsame Proteste“ der Analyse der „‘religiösen‘ Sprache von politischer Gewalt“ zu. Gewalt rühre an eine tiefere Bedeutungsschicht, die in der säkularen Moderne eine religiöse Dimension transportiere. Er konstruierte zum einen das sich gegenseitige Aufschaukeln von Gewalt und Gegengewalt in Revolution und Gegenrevolution am Beispiel der Weimarer Republik, zum anderen die quasireligiöse Überhöhung von Gewalt in der nationalsozialistischen Ideologie. Das religiöse Bekenntnis liege dabei in der Sprache der Gewalt als einer reinigenden Kraft. Diese Art der Gewalt werde nicht durch bestimmte Religionen geheiligt, sondern spreche sich selbst heilig.
Roland Eckert fragte seinerseits nach der „Erzeugung kollektiver Identitäten in sozialen

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

Bewegungen“. Einen wesentlichen Faktor sah er darin, dass von den Akteuren manchen Referenzpunkten ihrer sozialen Bewegung eine essentielle Bedeutung zugeschrieben werde, die dann maßgeblich zu Binnenhomogenisierung und Außenabgrenzung beitrage. Noch bedeutsamer für die Dominanz einer Gruppenidentität im psychischen Haushalt eines Individuums könnten jedoch dramatische sinnliche Erfahrungen - und hier besonders Gewalt - sein. „Je höher der Blutzoll, um so ‚heiliger' wird die Idee, umso schwerer werden alle Versuche der Deeskalation."
Obwohl einerseits das Potential dieser beiden Ansätze, mikrohistorische Zugänge zu eröffnen, um Gewaltprozesse zu analysieren, gewürdigt wurde, wurde ihnen in der Diskussion dennoch vorgehalten, Gewalt zu anthropologisieren und zu enthistorisieren, indem die gesellschaftlichen und strukturellen Rahmenbedingungen für die Entstehung von Identitäten und Gewalt ausgeblendet würden. Demgegenüber wurde erwidert, es reiche nicht aus, Gewalt nur auf ihre Vorbedingungen zurückzuführen, gerade ihre Eigendynamik innerhalb sozialer Bewegungen müsse berücksichtigt werden.

Einen Schwenk um 180 Grad vollzog die Tagung schließlich in ihrer letzten Sektion „Demonstration, Polizei, Justiz“. Nicht mehr die Protestierenden standen im Mittelpunkt, sondern ihr Gegenüber, die Polizei. Klaus Weinhauer fragte nach den Ordnungsvorstellungen der Polizei bei Großeinsätzen und ihren Rückwirkungen in der Konfrontation mit jugendlichen Beat-Fans und protestierenden Studenten in den 1950er und 1960er Jahren. In der frühen Bundesrepublik fand sich bei der Polizei zum Teil noch ein Männlichkeits-Leitbild ähnlich dem der Weimarer Republik, das sich durch Kameradschaft, gegenseitige Kontrolle und der Selbstdefinition als Schützer des Staates auszeichnete. Während die Polizei die Proteste am Rande vom Beat-Konzerten als unpolitisch einstufte und sich eher patriarchalisch bemühte, die Jugendlichen wieder in geordnete Bahnen zu lenken, lag die Hemmschwelle zum harten Durchgreifen bei den als politisch eingestuften studentischen Protesten der späten 1960 Jahren weit niedriger. Erst nach 1968 zeichne sich eine Wende im Umgang mit Massenprotesten vom Bürgerkriegsmodell zum ‚protest policing' ab.
Martin Winter führte in seinem Vortrag über „Polizei und Protest nach 1968“ diesen Lernprozess in der Polizei weiter aus. Durch Professionalisierung, Verwissenschaftlichung, Modernisierung sowie eine neue Führungsgeneration vollzog sich ein deutlicher Wandel. Das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit als ein schützenswertes Gut löste ältere Vorstellungen, wonach Demonstrationen automatisch Ordnungsstörungen bedeuteten, ab. In einem idealtypischen Lernmodell führten die politischen Proteste, die sie begleitenden Polizeieinsätze, die öffentliche Kritik an diesen Einsätzen und die Rezeption der Kritik innerhalb der Polizei zu Lerneffekten bei der Polizei selbst.
In der Diskussion wurde gefragt, ob die Modernisierungsleistung der Polizei nicht vor allem in den polizeiinternen Debatten, Theorien und Polizeihandbüchern zu finden sei, während die Praxis und Realität von Polizeieinsätzen völlig anders aussehen könne. Außerdem wurde bei beiden Referenten angemahnt, sehr viel stärker auf die Sozialisation und Herkunft der unterschiedlichen Polizistengenerationen sowie auf die vollständig Änderung der Polizeiausbildung zu blicken.
Die Tagung setzte erfolgreich ihr Ziel um, Geschichts- und Sozialwissenschaft zusammen und in einen Dialog zu bringen. Die Diskussionen zwischen den Disziplinen waren lebhaft und anregend, es wurde in allen Sektionen miteinander, nicht untereinander gesprochen. Jedoch konzentrierten sich bis auf die Sektion zur „transnationalen Mobilisierung“ sowie dem Beitrag zu ‚Attac' alle Referenten auf Proteste in Deutschland, wobei Beiträge zum Nationalsozialismus oder zur DDR fehlten. Scheinbar herrschte Einverständnis darüber, dass (politischer) Protest mit Resistenz oder Widerstand nichts zu tun habe, bzw. dass politischer Protest in der Diktatur nicht stattfinde. Der Begriff des Protests selbst wurde zudem kaum berührt. Insgesamt konnte die Tagung jedoch zahlreiche Anstöße für die weitere Protestforschung geben - so etwa zur Bedeutung von Symbolen und Medien bei Protesten oder zum Verhältnis von Ereignis und Struktur in Protestaktionen.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

Tagungsbericht *Zur Analyse politischer Proteste im 20. Jahrhundert*. 13.09.2003–14.09.2003, Berlin, in: H-Soz-Kult 22.09.2003.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.